

Bild Michel Lüthi, bilderwerft.ch



Richtige Diagnose – falsche Medizin

Präsidentiale Gedanken

Am 9. Juni stimmen wir über zwei Gesundheitsvorlagen ab. Die Mitte will die Gesundheitskosten an die Wirtschaftsentwicklung binden, die SP fordert mit der Prämienverbilligungsinitiative, dass niemand mehr als 10% seines Einkommens für Prämien ausgeben soll. Mit dem Thema Krankenkassenprämien treffen beide Initiativen den Nerv der Zeit, denn die Belastung durch die Krankenkassenprämien beschäftigt die Menschen in der Schweiz.

Doch so berechtigt der Kampf gegen zu hohe Prämien ist, die zur Debatte stehenden Lösungsvorschläge sind leider beide völlig verfehlt. Die Initiative der Mitte setzt zwar am richtigen Ort an, nämlich bei den Kosten an. Doch der Vorschlag ist nicht durchdacht. Er führt zwangsläufig zu einer Zweiklassenmedizin, einer Kontingentierung der medizinischen Leistung und durch die Anbindung an die Wirtschaftsentwicklung zum perversen Ergebnis, dass während einer Rezession auch die Gesundheitskosten entsprechend gesenkt werden müssten. Als ob es dann weniger Kranke gäbe. Die Mitte-Idee funktioniert nicht.

Populistisch und schon fast zynisch ist der Vorschlag der SP. Seit vielen Jahren verantwortet die SP die für die Gesundheit verantwortlichen Departemente im Bund und bei uns im Kanton Solothurn. An den Schalthebeln der Macht hätten es die SP-Funktionäre in der Hand, das stete Wachstum der Prämien einzudämmen und die medizinische Grundversorgung mit Hausärztinnen, Physio und Spitez zu gewährleisten. Doch stattdessen wird der Leistungskatalog der Grundversicherung kräftig ausgebaut, Regulierung und Bürokratie überbor-

den, wegen fehlender Spitalplanung rutschen die Spitäler in tiefrote Zahlen, die längst fällige Überarbeitung der Tarife und die versprochenen kostendämpfenden Massnahmen werden auf die lange Bank geschoben.

«Mit der Annahme der Prämien-Initiative wird der Mittelstand weiter geschröpft.»

Die Annahme der SP-Prämien-Initiative würde unseren Kanton zusätzlich 32 Millionen Franken kosten. Und das in einer Zeit, wo unserem Kanton ein Defizit von über 112 Millionen ins Haus steht. Wie die Regierung selbst schreibt, wäre eine Erhöhung der Steuern die unmittelbare Folge. Wenn dann unsere Gesundheitsdirektorin am 1. Mai mit der Parole «Löhne rauf und Prämien runter» durch Olten zieht, so ist das eine Ohrfeige für alle Solothurnerinnen und Solothurner, die jeden Tag Ver-

antwortung übernehmen, ihren Pflichten nachkommen und diesen Staat mit ihren Steuern finanzieren. Bereits heute gehen 55% der Staatssteuereinnahmen der natürlichen Personen an die Spitalkosten und die Prämienverbilligungen. Oder mit anderen Worten: Mit der Annahme der Prämien-Initiative wird der steuerzahlende Mittelstand weiter geschröpft. Nein, SP, so nicht.

Eine nachhaltige, finanzierbare Gesundheitsversorgung erreichen wir nur durch ein Masshalten im Leistungskatalog der Krankenversicherung, die Förderung und Wertschätzung der Hausarztmedizin, eine überregionale Spitalplanung und etwas mehr Selbstverantwortung von uns Bürgerinnen und Bürgern im Bezug von spezialärztlichen Leistungen. Das ist zwar mühsam, aber leider der einzige und ehrliche Weg, um das Problem in den Griff zu kriegen. Darum, liebe Freisinnige, bitte ich euch um ein beherztes NEIN zu diesen beiden auf Umverteilung und Augenwischerei basierenden Initiativen.

**Mit herzlichem Dank und frohem Gruss,
Stefan Nünlist**